



BERLININFO

NR. 23

18. Dezember 2015



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

für dieses Jahr habe ich geschafft, die letzte Sitzungswoche geht zu Ende. Jetzt freue ich mich auf die Zeit zu Hause, auf die Vorbereitung auf Weihnachten mit Plätzchen backen und Weihnachtsbaum schlagen und ein wenig Ruhe. Denn auch in diesem Jahr gab es wenig politische Ruhe, wir wurden mit Situationen konfrontiert, die wir uns am Beginn des Jahres nicht vorstellen konnten. Aber ich glaube, wir haben es gut gemacht, wenn wir auch bei manchen Fragen noch nicht am Ziel sind. Also—nächstes Jahr geht es weiter. Bis dahin wünsche ich Ihnen eine erholsame Zeit, gesegnete Weihnachten und kommen Sie gut ins Neue Jahr.

Ihre 



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. (030) 227 77040
Fax (030) 227 76423

CDU Bundesparteitag in Karlsruhe

Es war ein runder Bundesparteitag mit viel Applaus für unsere Bundeskanzlerin und unsere Landesvorsitzende Julia Klöckner und ihrem Antrag zu Nachhaltigkeit. Hier sehen Sie ein paar Impressionen :-)



„Karlsruher Erklärung“ auf dem CDU-Bundesparteitag

Auch auf dem Parteitag war die Flüchtlingskrise eines der großen Themen. In den letzten Monaten wurde immer wieder hitzig diskutiert und nach den besten Lösungen für die Situation gesucht. Die verabschiedete Karlsruher Erklärung fasst die Standpunkte der Union sowie die nächsten Schritte zur Reduzierung der Zahl der Flüchtlinge und deren Integration zusammen. Wir stehen entschieden zu unserer humanitären Verantwortung und selbstverständlich wollen wir den Menschen helfen. Entscheidend ist die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen, ohne sie ginge es nicht. Wir erleben gerade auch die Schattenseiten und Ängste und die Gefahr durch den IS. Wir verurteilen die widerwärtigen Angriffe auf Asylbewerber, Flüchtlingsheime und Ehrenamtliche. Hetze und Gewalt, egal von wem sie ausgeht, werden wir nicht dulden. Wer bei uns sicher leben kann, von dem erwarten wir ein klares Bekenntnis zu unseren Werten und Regeln.

Deutschland kann eine Menge leisten, aber kein Land kann eine solche Aufgabe alleine erfüllen. Wir brauchen die Hilfe unserer europäischen Nachbarn, um die Zahl der ankommenden Flüchtlinge zu reduzieren. Wir müssen die Geldquellen des IS austrocknen, abgelehnter Bewerber schnell zurückführen sowie eine faire europäische Verteilung schutzbedürftiger Bewerber erreichen. Wir müssen die Lebenssituation der Menschen in Flüchtlingslagern, z.B. in Jordanien und dem Libanon, verbessern und damit ermöglichen, dass mehr Menschen in ihren Heimatregionen bleiben können. Europa muss wie bei vergangenen Krisen Stärke und Zusammenhalt wahren, dann können wir auch diese Aufgabe bewältigen. Zur Bekämpfung der Fluchtursachen hat der Deutsche Bundestag am 4. Dezember mit Unterstützung der Union den Einsatz der Bundeswehr zur Bekämpfung und Zerstörung des sogenannten Islamischen Staates beschlossen. Wir sind der Überzeugung, dass die vom islamischen Terrorismus ausgehende Gefahr mit aller Härte und Entschlossenheit bekämpft werden muss.



VW stellt Maßnahmenpaket im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz vor

Am Mittwoch waren Vertreter des VW Konzerns im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz vertreten. Mittels einer manipulierten Software hatten die Motoren erkannt, ob es sich um eine Testfahrt im Labor handelt oder auf der Straße. Nachdem die Manipulation öffentlich wurde, hat VW nun endlich ein Maßnahmenpaket vorgelegt, um die manipulierten Autos umzurüsten. So sollen die betroffenen Dieselmotoren ab Januar nächsten Jahres nach und nach umgerüstet werden. Im ersten Schritt sollen die 2 Liter Motoren, ab Januar mit einem Software Update umgerüstet werden. Ab Mai sollen dann auch die 1,2 Liter Maschinen upgedatet werden. Die 1,6 Liter Triebwerke werden voraussichtlich ab September in die Werkstätten gerufen, bei ihnen ist neben einem Software Update auch ein Eingriff in die Hardware notwendig. Laut VW reicht es allerdings ein kleines Gitternetz—einen sogenannten Strömungstransformator—an den Motorblock anzubringen. Die betroffenen Kunden sollen ab Anfang Januar schriftlich über die Umrüstung informiert werden. Damit den Kunden keine Kosten entstehen, sollen sie bei Bedarf, kostenlose Mobilität erhalten. Darüber hinaus überlegt sich der Wolfsburger Autobauer, wie er seine Kunden für den Vorfall entschädigen kann. Betroffene Fahrzeuge deren Garantie bereits verjährt ist, sollen auch umgerüstet werden. Der Konzern hat angekündigt auf die Verjährung bis 31.12.2017 zu verzichten. Man wird nach der geplanten Umrüstung sehen müssen, ob die Probleme vollends behoben sind. Für mich stellt sich die Frage, ob wir einen solchen Betrugsskandal zukünftig besser verhindern können und was die Autobranche aus diesem Vorgehen lernt. Ich habe dazu einen Blog-Beitrag erstellt, den Sie hier nachlesen können: verbraucherschutz.mechthild-heil.de/vw/



Bildrechte: CDU Deutschlands / Markus Schwarze

Geschlossenheit zählt: 28. Parteitag der CDU Deutschland in Karlsruhe.

Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands hat ein klares und starkes Signal der Geschlossenheit und der Einheit der Partei gesetzt. Unsere Bundeskanzlerin hat ihre Partei begeistert. Eine Partei, die sich zu ihrem Erbe und ihrem Vermächtnis bekannt hat – sie ist die Europapartei Deutschlands. In der Tradition von Konrad Adenauer und Helmut Kohl steht auch Angela Merkel für ein geeintes und handlungsfähiges Europa ein. Und in der Tradition von Ludwig Erhard sind wir die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Unser Parteitag zeigt, dass wir die Kraft und die Zuversicht haben, auch in schweren Monaten für unsere Überzeugungen zu kämpfen. Wir nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger auf: Als CDU und CSU wollen und werden wir die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge spürbar reduzieren. Das liegt im Interesse unseres Landes und Europas.

2015 gute Fortschritte erzielt

Unser Land steht am Ende eines bewegten Jahres vor großen Herausforderungen. Wir erleben auf neue Art, was Globalisierung bedeutet. Auch Not und Elend überwinden stärker als jemals zuvor Kontinente und nationale Grenzen. Angesichts der Entwurzelung vieler Menschen durch Krieg und Gewalt müssen auch wir neue Wege finden, um Sicherheit und Stabilität weltweit zu fördern und mehr denn je außenpolitische Verantwortung zu übernehmen.

Die unionsgeführte Bundesregierung handelt und stellt sich der

Herausforderung. Wir haben in den vergangenen Wochen die größte Asylreform seit den 90er Jahren beschlossen. Sie verdeutlicht: Deutschland bleibt ein Ort der Offenheit, auch dank der zahlreichen Ehrenamtlichen, die dort anpacken, wo ihre Hilfe gebraucht wird. Gleichzeitig haben wir klargestellt, dass nicht alle, die zu uns kommen, in Deutschland bleiben können. Die größte Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg kann nicht durch uns alleine, sondern nur europäisch gelöst werden. Mit unseren europäischen Partnern werden wir zu einer gerechten Verteilung der Flüchtlinge kommen. Mit der Türkei werden wir eine dauerhafte Regelung finden, die es Menschen erlauben wird, nach Europa zu kommen, ohne sich kriminellen Schlepperbanden auszusetzen. Gleichzeitig müssen die EU-Außengrenzen stärker gesichert werden. Die Bundesregierung arbeitet und wirbt für eine verstärkte Hilfe für die Notleidenden und eine Beseitigung der Fluchtursachen vor Ort. Dass Deutschland so großzügig helfen kann, verdanken wir unserem klugen Haushalten, das erst eine Reserve und damit einen Handlungsspielraum geschaffen hat.

Wir nehmen die Aufgabe der Integration ernst. Wir wollen, dass die Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, mit uns und nicht in Parallelgesellschaften neben uns leben. Dazu ist das Erlernen der deutschen Sprache unabdingbar. Wir stehen selbstbewusst zu unserer Lebensform und unseren Werten. Diese müssen und wollen wir erhalten und deshalb sind sie Grundlage der Integration.

Deutschland steht finanziell solide da und ist für die Herausforderungen gerüstet. Der von uns durchgesetzte Verzicht auf Steuererhöhungen hat eine gute Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung gelegt. Mit der „schwarzen Null“ und einem Verzicht auf neue Schulden zeigen wir, wie ernst wir unsere Verantwortung für die kommenden Generationen nehmen. Gleichzeitig bleibt Raum für gezielte Investitionen in die Infrastruktur. Wir haben mehr Geld für die Verkehrswege, aber auch für die Datenautostraden bereitgestellt. Unserer Linie, Deutschland als Ort der Forschung, der Wissenschaft und der technologischen Erneuerung zu stärken, bleiben wir dabei treu. Noch nie zuvor stand so viel Geld für die Forschung zu Verfügung. Es zeigt Wirkung. Unser Land behauptet sich im Wettbewerb um die klügsten Köpfe.

Noch nie hatten so viele Menschen in Deutschland Arbeit, gleichzeitig steht die Zahl der Arbeitslosen auf dem niedrigsten Stand seit der Deutschen Einheit. Mit der Erhöhung des Existenzminimums, des Kindergeldes und des Freibetrages für Alleinerziehende, aber auch mit dem Abbau der kalten Progression erreicht die gute wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes jeden einzelnen Bürger. Mit unserem Engagement für die Digitalisierung der Wirtschaft, die man als Industrie 4.0 bezeichnet, legen wir die Grundlage für weiteres Wachstum, für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und damit Wohlstand für alle. Mindestlohn, Mütterrente und eine Verbesserung der Ausstattung der Pflegeversicherung verstärken die sozi-

ale Sicherheit und sorgen für einen Ausgleich und Gerechtigkeit.

Bei unserem Einsatz für Wettbewerbsfähigkeit vergessen wir auch den ländlichen Raum nicht. Hier zählt für uns auch und insbesondere die Landwirtschaft. Unser Anspruch ist, die Möglichkeiten und Interessen an modernsten Wirtschaftsmethoden mit dem Wunsch nach einer artgerechten Haltung von Nutztieren, der nachhaltigen Produktion und dem Verbraucherschutz zu verbinden.

Wir stehen für die innere Sicherheit in unserem Land. Wir haben Stellen bei den Sicherheitsbehörden geschaffen und dafür gesorgt, dass das organisierte Verbrechen, aber auch Terroristen etwa über die Einführung der Mindestspeicherung bei Verbin-

dungsdaten besser und gezielter bekämpft werden können als bisher.

Deutschland hat die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen Jahre gut überstanden. Es ist stärker aus ihr herausgegangen, als es hineingegangen ist. Wenn wir auf unseren Werten und Stärken aufbauen, können wir auch aus der aktuellen Situation gestärkt hervorgehen. Sicherheit und die Gestaltung des Fortschritts stehen für uns auch 2016 an erster Stelle. Wir arbeiten in allen Politikbereichen daran, dass Deutschland – so wie die Bundeskanzlerin gesagt hat – auch in 25 Jahren immer noch unser Deutschland ist, das alle seine liebenswerten Eigenschaften und Stärken bewahrt und an die nächste Generation weitergibt.

Großer Erfolg der Klimakonferenz in Paris.

Die Einigung auf der UN-Klimakonferenz, COP 21, in Paris kann man getrost als historisch bezeichnen. Paris ist wieder ein Ort der Hoffnung. Wenige Wochen nach den entsetzlichen Anschlägen ist es dort gelungen, endlich einen internationalen Konsens zu finden, um den Klimawandel in für uns alle erträgliche Bahnen zu lenken. Für die Zeit des internationalen Handelns ist unser Land mit seinen Erfahrungen und seinem enormen Know-how im Bereich der Umwelttechniken, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien gut aufgestellt und dazu bereit, anderen Ländern zu helfen.

Daten und Fakten

Forschungsausgaben der Wirtschaft auf Rekordniveau. Noch nie zuvor hat die deutsche Wirtschaft so viel in Forschung und Entwicklung investiert wie im Jahr 2014. Die Unternehmen gaben dabei insgesamt 57 Milliarden Euro aus, um in ihren Abteilungen zu forschen und neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Das sind 6,4 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor. Vor allem der Automobilbau zeigt sich laut Wissenschaftsstatistik des Stifterverbands für den Aufschwung verantwortlich: Hier stiegen die Ausgaben für die interne Forschung um 2,6 Milliarden Euro auf knapp 20 Milliarden Euro. Zusätzlich wurden rund 9,4 Milliarden Euro für Forschungsaufträge an externe Unternehmen und Institutionen vergeben, was einem Zuwachs um 13 Prozent entspricht. Auch in Chemieindustrie, Maschinenbau und Elektroindustrie sind 2014 mehr Mittel in die interne Forschung geflossen. Der Anteil des Bruttoinlandsproduktes, der für Forschung und Entwicklung eingesetzt wird, liegt nach vorläufigen Zahlen im Jahr 2014 bei 2,87 Prozent (2013: 2,83 Prozent). Damit wurde das Drei-Prozent-Ziel der Bundesregierung knapp verfehlt, der Trend ist jedoch positiv. Für 2015 plant die Wirtschaft eine weitere Steigerung ihrer Ausgaben um 3,6 Prozent auf 59 Milliarden Euro.

(Quelle: Wissenschaftsstatistik des Stifterverbands)

Klimaschutztechnologien „Made in Germany“. Die Anzahl von Erfindungen im Bereich der Klimaschutztechnologien hat sich weltweit zwischen 1995 und 2011 von 11.000 auf 51.000 nahezu verfünffacht. Das geht aus einer gemeinsamen Studie des Europäischen Patentamts und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) hervor. Europa zeigt sich dabei trotz zunehmender Konkurrenz aus China und Korea für rund 18 Prozent der weltweiten Klimaschutztechnologie-Erfindungen verantwortlich – bei Erfindungen, die wegen ihres hohen Werts in mindestens zwei Rechtssystemen patentiert sind, liegt der Anteil sogar bei 40 Prozent. In Europa stammen die meisten Erfindungen nachhaltiger Technologien dabei aus Deutschland: Die Bundesrepublik vereint knapp die Hälfte aller europäischen Innovationen auf sich. Auch in Relation zum Bruttoinlandsprodukt steht Deutschland bei Erfindungen von Klimaschutztechnologien an Europas Spitze vor Schweden, Frankreich und Finnland.

(Quelle: Europäisches Patentamt)